

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **72 (1992)**

Heft 1

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Europadiskussion als Testfall

1992 wird als Jahr der europäischen Herausforderung in die Schweizer Annalen eingehen. Auch wenn nach dem negativen Entscheid des europäischen Gerichtshofes neue Fahrpläne und Lagebeurteilungen notwendig geworden sind, wird die Europadiskussion im Zentrum des politischen Interesses stehen, sofern nicht andere wirtschaftliche oder politische Ereignisse die scheinbar unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung eines prosperierend sich öffnenden und integrierenden Kontinents unversehens blockieren oder überlagern. An Anzeichen, die eher zu vorsichtiger Skepsis als zu forschem Optimismus Anlass geben könnten, fehlt es weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene.

Gleichwohl wird sich die Schweiz nach einem Jahr durchaus kritischer Selbstbesinnung nun sehr ernsthaft mit der Dynamik des europäischen Umfeldes auseinandersetzen haben. Wenn man die Ausgangslage betrachtet, könnte die bevorstehende Diskussion zu einer *politischen Zerreissprobe* werden. In den die Meinungsbildung nicht nur spiegelnden, sondern auch beeinflussenden Umfragen offenbart sich einerseits eine bereits recht tiefe Kluft quer durch das ganze politische Spektrum, andererseits ein wechselhaftes Stimmungsbarometer mit starken emotionalen Ausschlägen. Zwischen nahezu fundamentalistischen Flügeln von Befürwortern und Gegnern einer wie immer gearteten Integration spannt sich ein breites Band von eher zuversichtlich oder skeptisch Gestimm-

ten, Unentschiedenen und Verunsicherten. Sie werden letztlich den Ausschlag geben.

Die fälligen Entscheidungen des Souveräns – zuerst zur Eisenbahn-Alpen-transversale als indirekter Vorleistung, dann zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls zum EWR-Vertrag, erfordern eine das normale Mass sprengende *Informations- und Meinungsbildungsanstrengung* unter einem nicht unproblematischen Zeitdruck. Eine Kampagne unter dem Motto «Sein oder Nichtsein» zu führen, wäre verhängnisvoll und könnte nurmehr schwer kontrollierbare Emotionen wecken. Andererseits aber wird sich der Souverän nicht der Illusion hingeben dürfen, dass nur ein positiver und nicht auch ein negativer Entscheid folgeschwer wäre. Die Einsicht, dass auch mit einem Veto nicht einfach der komfortable Status quo bewahrt werden kann, dürfte schmerzhaft und daher nicht leicht zu vermitteln sein. Dies zwingt die Verantwortlichen – Behörden, Parlament und die meinungsbildenden Parteien, Organisationen und Medien – zu einer möglichst nüchternen und sachlichen Darlegung von Szenarien und Konsequenzen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich. Dazu gehört auch, dass die Zusammenhänge zwischen einem Entscheid über den EWR-Vertrag und der Option für einen späteren EG-Beitritt bereits in dieser ersten Phase offen diskutiert werden. Sie werden ungeachtet taktischer Schachzüge so oder so die Willensbildung beeinflussen.

Dass spätestens im Abstimmungskampf Emotionen geschürt werden, ist wohl unvermeidlich. Um so wichtiger ist, dass zuvor eine umfassende Informationsbasis geschaffen wird, die ein sachliches Abwägen von Argumenten und durchaus auch ein kalkulierendes Gewichten von Interessen erlaubt. Dies ist nicht nur ein frommer Wunsch um der Sache willen. Denn auf dem Spiel steht nicht allein der Entscheid selbst, sondern die Fähigkeit vorab der *Parteien*, die in dieser Frage in besonderem Mass zu gewärtigenden internen Kontroversen fair und konstruktiv auszutragen. In einer Zeit, da die Regierungsparteien un-

tereinander um ihre Konkordanzfähigkeit ringen, wäre es bedenklich, wenn sie in ihren eigenen Reihen beim wichtigsten Geschäft des Jahres oder gar der ganzen Legislatur nicht zur *Konsensfindung* beitragen könnten und die Aufgabe der Meinungsbildung vornehmlich ad hoc-Organisationen überlassen müssten.

Die Behandlung des Themas Europa wird damit auch zum Testfall einer politischen Kultur, welche die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie dereinst als wertvolle Mitgift in eine grössere europäische Gemeinschaft einbringen könnte.

Ulrich Pfister

Finanzpolitik – wie gehabt

In einer auf bemerkenswert hohem Niveau geführten Causerie mit Erich Gysling hatte *Staatssekretär Franz Blankart* anfangs Dezember in Zürich in einer äusserst geistreichen und mit feiner Ironie durchsetzten Weise seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Schweizer die Fähigkeit, Prioritäten zu setzen, verloren hätten. Der üppige Genuss der auf dem Boden der Konkordanz prächtig gedeihenden Konsens- bzw. Kompromisspflanzen habe den Eidgenossen die Potenz zur klaren Prioritäten- bzw. Zielsetzung genommen. Gemeint war natürlich das System der *politischen Willensbildung*, das, wie die Wirtschaft, in Permanenz gezwungen wird, unter *Knappheitsbedingungen* Entscheide zu fällen. Weder der Staat noch die private Wirtschaft sind in der Lage, alle auf sie zukommenden Bedürfnisse befriedigen zu können. Sie müssen – oder sollten – eine Auswahl nach

Knappheitskriterien treffen. Im privatrechtlich geordneten Teil eines *marktwirtschaftlichen Systems*, so es denn gelungen ist, dieses noch einigermaßen funktionsfähig zu halten, wird derjenige, der glaubt, dem Zwang zur «optimalen» Entscheidungsfindung, der unablässigen, deshalb mit Mühsal verbundenen Suche nach der «besten» Verwendung knapper Ressourcen enttrinnen zu können, durch einen relativ unsentimental wirkenden *Sanktionenmechanismus* zur Ordnung gerufen. In der Politik jedoch ist, was das Leben der Politiker wesentlich erleichtert, nichts Vergleichbares zu finden. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil die Aufsichtsbehörde der Parlamente, der Souverän, aus Gründen, die hier nicht zur Diskussion gestellt werden wollen, das Politikversagen bisweilen zwar rhetorisch geräuschvoll, alles in allem aber doch eher nachsichtig behandelt.

Dies ist um so bemerkenswerter, als sich die Konsequenzen des Politikversagens in zahlreichen, wenn auch nicht immer offensichtlichen Fällen über verschiedene ökonomische Kanäle direkt im Portemonnaie des einzelnen Bürgers auswirken. Dieser Vorgang ist momentan wieder einmal in der *Finanzpolitik auf Bundesebene* in geradezu exemplarischer Weise zu beobachten. Der Bundeshaushalt befand sich bekanntlich bereits in den siebziger Jahren in der Klemme. Und die Positionen, die heute im Blick auf seine «Sanierung» bezogen werden, gleichen jenen von vor etwas mehr als einem Jahrzehnt aufs Haar: eine Neuorientierung der Finanzpolitik nach dem *Prinzip der zweiten Person Einzahl*, «Sparanstrengungen» dort, wo politische Weichstellen vermutet werden, die sich aber nur in glücklichen Ausnahmefällen mit der ökonomischen Vernunft deckungsgleich sind – sie werden wohl auch diesmal wieder in den Unsinn linearer Subventionskürzungen ausufern; Erhöhung der Verschuldung, weil dies noch allemal der politisch einfachste Weg zur Defizitfinanzierung war, und natürlich der Wink mit dem Zaunpfahl von *Steuererhöhungen* bzw. mit dem an Überzeugungskraft kaum mehr zu unterbietenden Argument, dass sich die helvetische Steuerbelastung im internationalen Vergleich noch immer sehen lassen könne, – als ob es besonderer finanzpolitischer Weisheit entspräche, schlechte Beispiele möglichst rasch nachzuahmen. Es wird, wie in der vom BIGA herausgegebenen «*Volkswirtschaft*» vom Dezember 1991 nachzulesen ist, wiederum von höchster Warte aufgetischt.

Und was macht das neue Parlament? Es setzt *keine* Prioritäten, die diesen Namen verdienen. Dafür geht es, kaum im Amt, in seinen Ausgabenbeschlüssen

wieder *über die Anträge des Bundesrates hinaus*, die ihrer Natur nach kaum untragbar tief gehalten werden. Es hat also flugs die schon bisher geübte Praxis der unbekümmerten, die Vorstellungen der Regierung überbietenden Ausgabenpolitik (Viehhalterbeiträge, Hochschulförderungsgesetz, Wohnbauförderung, Gewässerschutz) unkritisch übernommen. Könnte in diesem Zusammenhang nicht von einem Demokratie- oder Parlamentsversagen gesprochen werden? Zumindest nach einem liberalen Demokratieverständnis sollte ja eigentlich das Parlament die Ausgabenfreudigkeit der Regierung *kontrollieren*. Davon kann heute kaum noch die Rede sein, vermutlich in erster Linie deshalb, weil sich zahlreiche Parlamentarier nicht so sehr als Volksvertreter, sondern als solche *bestimmter Gruppen* verstehen, mithin das Gruppeninteresse über das Allgemeininteresse stellen. Das hat den Bundeshaushalt in einen Transferhaushalt mutieren lassen, in dem die «Subventionitis», die Auffassung, der Bundeshaushalt sei ein Selbstbedienungsladen, fröhliche Urständ feiert. Und weil an diesem Spiel alle, oder zumindest sehr viele, partizipieren, ist es kaum mehr möglich, ihn zu redimensionieren und an neue Prioritäten oder Knappheitsbedingungen anzupassen. Der kernige *Bundesrat Hans Schaffner* – er liebte eine ebenso unverwechselbare wie unmissverständliche Ausdrucksweise – hat diese Situation schon vor Jahrzehnten als ein System der «*kollektiven Selbstverseckelung*» bezeichnet.

Die Finanzpolitik ist, man weiss es, ein garstig Lied. Und sie ist ein Politikbereich, in dem, weil sie mitten im Spannungsfeld der *Einkommensumverteilung* steht, die Umsetzung von Erfahrungen oder gesicherten ökonomischen Erkenntnissen in politisch

relevante Aktionen kaum eine Chance hat. Aus diesem Grunde geht die Wiederholung alter Fehler munter weiter. Die Wirtschaft aber lässt sich weder täuschen noch übertölpeln. Die Rechnung

für die Finanzierung der Kosten, die durch allokativen Fehlleistungen entstehen, vergisst sie nie vorzuweisen. In der einen oder anderen Form muss sie vom Bürger bezahlt werden.

Willy Linder

Gedanken zum Lauf der Zeit

Die Zeit ist ein seltsamer Begriff. Die Frage, ob er wisse, was mit dem Wort «Zeit» gemeint sei, wird wohl jedermann ohne Zögern mit Ja beantworten; und wenn jemand sagt, er habe keine Zeit, so besteht keine Unsicherheit darüber, was es bedeutet. Aber mit der Frage «Was verstehen Sie unter Zeit?» bringen wir die meisten Mitmenschen in Verlegenheit. In der Tat ist die wissenschaftliche Definition des Zeitbegriffes derart akademisch und abstrakt, dass weder der Spitzensportler, der um Hundertstelsekunden ringt, noch der überlastete Geschäftsmann, der in seiner Agenda eine weitere Unterredung unterbringen sollte, noch der Physiker, der Mikrosekunden und noch kürzere Zeitintervalle misst, etwas damit anfangen kann.

Zwillinge auf Reisen

Die heutige physikalische Vorstellung von der Zeit stützt sich auf die allgemeine Relativitätstheorie. Deren Konsequenzen sind für den Alltagsmenschen, auch in seinen Begegnungen mit der Technik, freilich nicht zu erkennen. Immerhin gibt es unter dem Namen «Zwillingsparadoxon» einen Vorgang, der oft geschildert wird und der geeignet ist, die Phantasie zu beflügeln: Einer von zwei

Zwillingen unternimmt eine Rundreise, die ihn weit in den Weltraum hinausführt und auf welcher er bis nahe an die Lichtgeschwindigkeit beschleunigt wird. Bei der Rückkehr begegnet ihm sein Bruder als Greis, während sein subjektives Empfinden wie auch seine Bordinstrumente übereinstimmend bestätigen, dass die Reise nur ein Jahr gedauert hat: *Die Zwillinge sind nicht mehr gleich alt.* – Stimmt diese Überlegung? Es ist unwahrscheinlich, dass sich der Vorgang jemals in der beschriebenen Weise realisieren lassen. Und doch ist seine Richtigkeit kaum mehr in Frage gestellt. Im Jahre 1971 wurde nämlich diese Reise im verkleinerten Massstab nachvollzogen – freilich nicht durch menschliche Zwillinge, sondern durch zwei Atomuhren, deren Gang vorher genau abgestimmt worden war. Jede der Uhren wurde von einem Forscher auf eine Reise um die Erde mitgenommen, die eine in östlicher, die andere in westlicher Richtung, was in normalen Kursflugzeugen ausgeführt wurde. Die Reisegeschwindigkeit der einen Uhr addierte sich zur Umdrehungsgeschwindigkeit der Erdoberfläche, die der anderen dagegen subtrahierte sich davon. Nach der Rückkehr verglich man die beiden «Zwillinge» miteinander: Der nach Osten Gereiste war um 332 Nanosekunden (Milliardstelsekunden) weni-

ger gealtert als sein Bruder, was mit der Theorie vollkommen übereinstimmte. Seltsamerweise hat das Zwillingparadoxon die Menschen schon in früheren Jahrhunderten beschäftigt: Der Reisende, der – wie ihm scheint – eine kurze Reise unternimmt, nach seiner Heimkehr jedoch feststellt, dass für die Zurückgebliebenen Jahre verflossen sind, kommt in Sagen und Märchen vieler Epochen vor. Eine intuitive Vorwegnahme der modernen Physik?

Anfang und Ende

Die Frage, wann der Lauf der Zeit begonnen habe und wie lang er dauern werde, hat die Menschen von jeher stark beschäftigt, und die Vorstellungen darüber spannen, entsprechend dem Wandel des philosophischen und naturwissenschaftlichen Denkens, einen weiten Bogen. Das heutige Weltbild beruht auf dem Konzept vom *Urknall*, der 15 oder 20 Milliarden Jahre zurückliegt, und aus dem sich das Weltall, beginnend mit einer punktförmigen Singularität, durch Expansion bis zur heutigen Grösse entwickelt hat. Diese Vorstellung wird durch verschiedene, unabhängige Beobachtungen gestützt; für das Entstehen der Sterne und Planeten existieren befriedigende Erklärungen, und es sind an der Richtigkeit dieses Weltbildes kaum noch Zweifel möglich.

Die Vorstellungen über das Ende sind, verglichen mit jener über den Anfang, mit grossen Unsicherheiten behaftet. Wird das Universum auf alle Zeiten weiter expandieren? Oder wird die Ausdehnung in eine Schrumpfung übergehen, so dass als Gegenstück zum «*big bang*» ein «*big crunch*» entsteht – vielleicht gefolgt von einem vollständigen Neubeginn? Diese Frage ist noch offen.

Eine Auswahl wichtiger Zeitereignisse von Anfang bis Ende, dargestellt in einem variablen Zeitmassstab

Sekunden ab Urknall

0	Beginn
10^{-43}	Partikelbildung
1	Annihilation der Elektron-Positron-Paare
100	Nukleosynthese von Helium

Jahre ab unserer Zeitrechnung

$-6 \cdot 10^9$	Sonne und Planeten gebildet
$-5 \cdot 10^9$	Erde kondensiert und abgekühlt
$-3,5 \cdot 10^9$	Erstes Leben
$-2 \cdot 10^8$	Säugetiere
$-6,6 \cdot 10^7$	Impakt-Ereignis (Kleinplanet fällt auf die Erde), alle grösseren Tiere ausgestorben
$-2 \cdot 10^6$	Homo erectus
$-2 \cdot 10^5$	Homo sapiens
-10^4	Ende der letzten Eiszeit
$-4 \cdot 10^3$	Erste Schrift
1	Beginn unserer Zeitrechnung
1200	Gotische Kathedralen
1445	Buchdruckerkunst
1765	Dampfmaschine
1845	Telegraph
1900	Flugzeug
1948	Transistor, Computer
1969	Menschen auf dem Mond
1992	Gegenwart
10^{10}	Sonne wird roter Riese (Erde wird verschluckt), dann weisser Zwerg, Leben auf der Erde erlischt
10^{32}	Falls Universum «geschlossen» Wiederkontraktion und «big crunch»
10^{100}	Falls Universum «offen»: Alle Materie in riesigen schwarzen Löchern, die zu verdampfen beginnen

Für den Fall einer fortdauernden Expansion haben die Astrophysiker eine Modellrechnung ausgeführt und eine recht detaillierte Beschreibung des Universums im Jahr 10^{100} ausgearbeitet – wohl das längste Zeitintervall, über das bisher etwas wissenschaftlich Sinnvolles ausgesagt wurde. Sterne und Galaxien werden zu riesigen schwarzen Löchern verdichtet sein, die ihrerseits zu verdampfen beginnen; sie sind also doch nicht so schwarz, wie der Name sagt, sofern man ihnen genug Zeit lässt.

Aber bis dahin wird das Weltall ein derart unwirtlicher Ort geworden sein,

dass jegliches menschliche Leben, Denken und Fühlen ausgestorben sein wird. Niemand wird mehr da sein, der die Vorgänge beobachtet und der sich darüber Gedanken macht, was ihre Ursache sei und wie es weitergehen möge. Die letzten Stücke auf der Bühne des Welttheaters werden ebenso grossartig sein wie die vergangenen und die gegenwärtigen Szenen; aber kein Publikum wird sich an die Abendkassen drängen, und die Ränge im Zuschauerraum werden leer bleiben. Die Vorstellung wird deswegen nicht abgesagt werden!

Ambros P. Speiser

Wirtschaftsprüfung, Wirtschaftsberatung Wirtschaftsinformation

 **ATAG ERNST & YOUNG**

4002 Basel, Aeschengraben 9, 061 286 86 86
